

A-4 Die Klimawende schaffen wir nur gemeinsam

Antragsteller*in: Annka Esser, Marlene Jahn, Robin
Miller, Josepha Albrecht, Nando Spicker
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues
Morgen

Antragstext

1 Mit der Klimakrise stehen wir vor der größten gesellschaftlichen Herausforderung
2 aller Zeiten. Unsere Wirtschafts- und Lebensweise muss sich fundamental ändern,
3 damit wir CO₂-Emissionen auf Netto-Null¹ reduzieren und unsere Lebensgrundlage
4 erhalten können.

5 Für uns als GRÜNE JUGEND ist daher klar: nur mit der Unterstützung,
6 Tatkräftigkeit und Kreativität aller Berliner*innen können wir Deutschland so
7 umbauen, dass es zu einer klimagerechten Welt beiträgt.

Bildung über die Klimakrise für Alle!

Klimagerechtigkeit in der Schule:

10 In jedem Themenbereich sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzthemen
11 mitbehandelt werden. Damit jedem*jeder die sektorübergreifenden Ausmaße klar
12 werden können. Da die Klimakrise soziale Ungerechtigkeiten verschärft und daher
13 intersektional gedacht werden muss, soll es fächerübergreifende Projektwochen an
14 Schulen geben. Darauf muss das Lehrpersonal vorbereitet werden. Aus diesem Grund
15 braucht es umfassende Fortbildungen zu den Themen Klimakrise, Klimaanpassung,
16 Klimagerechtigkeit, Intersektionalität und Nachhaltigkeit. Auch ein spezielles
17 Angebot für Schulleiter*innen und Leitungen von Kindertagesstätten muss
18 geschaffen werden. Materialien zu dem Thema müssen stets geteilt werden.
19 Schüler*innen sollen von klein auf lernen, dass sie alle zur Klimawende
20 beitragen können. Lernbegleitende sollen die Schüler*innen dazu anregen, sich
21 mit Projekten zu befassen, die die vielschichtigen Folgen des Klimawandels
22 behandeln. Exkursionen zu Globalstreiks sollen genutzt werden, um Schüler*innen
23 demokratische Beteiligung näher zu bringen. Die Kriminalisierung von Teilnahmen
24 an Schulstreik von Fridays for Future durch z.B. schlechte Benotung,
25 Nichtversetzen oder Schulversäumnisanzeigen muss sofort beendet werden.

26 Klimagerechtigkeit in der Ausbildung und im Studium:

27 Nachhaltigkeit und Klimaanpassung muss auch ein Bestandteil jeder Ausbildung
28 sein. Die Nachhaltigkeit von Projekten darf nicht länger Aufgabe von einzelnen
29 Handwerksunternehmen sein. Dafür müssen ökologische Weiterbildungen kostenlos
30 werden. Alle Student*innen sollen ein Klimastudium (30 LP überfachlich, 30 LP im
31 eigenen Fach) absolvieren nach dem Vorbild des Studium Generale. Das bedeutet,
32 dass sich alle Student*innen ausgiebig mit der Klimakrise und Klimagerechtigkeit
33 beschäftigen. Des Weiteren müssen sich alle Hochschulen eine
34 Nachhaltigkeitsstrategie geben, die dazu führt, dass sie 2030 klimaneutral sind.
35 Bei der Erarbeitung müssen alle Statusgruppen mit eingebunden werden. Die
36 Erarbeitung muss mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

37 Es ist wichtig, dass junge Menschen umfassend über die Klimakrise informiert
38 sind. Doch gerade Erwachsene, die momentan über unsere Zukunft entscheiden,
39 müssen bereits jetzt darüber informiert sein. Dafür brauchen wir mehr als die
40 Berichterstattung in Zeitungen.

41 Jede*r Angestellte*r sollte die Möglichkeit haben 7 Klima-Bildungstage im Jahr
42 zu besuchen. Diese Bildungsurlaubstage sollen von staatlich geprüften
43 Initiativen und Organisationen durchgeführt werden. Jährliche
44 Informationskampagnen über die Klimakrise und wie man sich an der Klimawende
45 beteiligen kann, sollen dieses Angebot ergänzen. Die Informationskampagnen
46 müssen in verschiedenen Sprachen erstellt werden (mindestens türkisch, deutsch,
47 englisch, arabisch und polnisch).

48 **Klimabürger*innenrat und direkte Demokratie für das Projekt Klimaneutral bis** 49 **spätestens 2035**

50 Die Bundesregierung soll noch in dieser Legislaturperiode einen
51 Klimabürger*innenrat einberufen, damit dessen Ergebnisse in die
52 Koalitionsverhandlungen einfließen können. Das Ziel, 2035 Klimaneutralität zu
53 erreichen, ist dabei nicht verhandelbar, der Weg dorthin allerdings schon.
54 Werden Menschen mitgenommen und können sogar daran mitwirken, wie die Ziele zu
55 erreichen sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass einschneidende Maßnahmen von
56 einer breiten Mehrheit mitgetragen werden. Dabei wird vor allem über
57 Zielkonflikte wie die Verteilung von Flächen und den sozialen Ausgleich von
58 Klimaschutzmaßnahmen zu beraten sein.

59 Die Teilnehmenden werden per gestaffelter Zufallsauswahl nach Kriterien wie z.B.
60 Wohnort, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund bestimmt, so
61 dass der Bürger*innenrat einen Querschnitt der Berliner Bevölkerung abbildet.
62 Dieses Gremium wird von Wissenschaftler*innen und nicht kommerziellen
63 Interessenvertretungen beraten. An mehreren Wochenenden arbeitet der
64 Bürger*innenrat konkrete klimapolitische Empfehlungen aus. Anreize wie eine

65 finanzielle Entschädigung sowie Kinderbetreuung und Barrierefreiheit sorgen
66 dafür, dass auch diejenigen teilnehmen, denen bei konventionellen Verfahren eine
67 Beteiligung erschwert wird. Auch Landes- und kommunale Regierungen sollen
68 Klimabürger*innenräte einberufen.

69 Klimabürger*innenräte bilden eine sinnvolle Ergänzung zum parlamentarischen
70 System um verschiedene gesellschaftliche Perspektiven in politische
71 Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Aber auch direktdemokratische
72 Abstimmungen können eine wertvolle Ergänzung sein, da sie den gesellschaftlichen
73 Diskurs fördern. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Abstimmenden über die
74 Konsequenzen der Entscheidung umfassend informiert und Minderheiten sowie
75 Grundrechte von Anfang an wirksam geschützt sind.

76 **Platz und Geld für zivilgesellschaftliches Engagement!**

77 Wir befürworten Maßnahmen wie die 28-Stunden-Woche oder ein bedingungsloses
78 Grundeinkommen, welche dazu führen, dass es sich alle Menschen leisten können,
79 sich für Klimagerechtigkeit zu engagieren. Gleichzeitig wollen wir kommunale
80 Strukturen aufbauen, die Initiativen strukturell und finanziell bei ihrer Arbeit
81 unterstützen. In jeder Stadt oder Gemeinde sollen Klimahäuser eingerichtet
82 werden, in denen zivilgesellschaftliche Gruppen kostenlos Räume nutzen können,
83 in denen sie sich treffen und Plena abhalten können. In Klimahäusern sollen auch
84 Beratungsstellen zu Klimaschutzfragen angesiedelt sein. So können Best Practice
85 Beispiele ausgetauscht und über Probleme und Hindernisse geredet werden.

86 1) Es werden nicht mehr CO₂-Emissionen ausgestoßen als kompensiert werden
87 können.

Begründung

erfolgt mündlich